

NIEMAND WAGTE, IHN ZU LIEBEN

Das Adenauerbild in der DDR

HILDIGUND NEUBERT

Geboren 1960 in Quedlinburg, Bürgerrechtlerin und Mitglied der DDR-Opposition, von 2003 bis 2013 Landesbeauftragte des Freistaats Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung und von November 2013 bis Dezember 2014 Staatssekretärin in der Thüringer Staatskanzlei.

Konrad Adenauer war für die Menschen in der DDR die Verkörperung des verführerischen Westens. Die Genossen der SED hassten ihn dafür – mit aller ideologisch legitimierten Wucht.

Mein Mann, der Theologe Ehrhart Neubert, Jahrgang 1940, schrieb einmal: „Als Schüler und Student in der DDR bin ich mit der hasserfüllten Propaganda und den täglichen üblen Karikaturen in der Presse gegen Adenauer politisch aufgewachsen. Er war eine besondere Zielscheibe der Propaganda, gleichsam das personalisierte Feindbild der SED, „Kriegstreiber“, „Volksverräter“, „Spalter“, „Imperialist“, „Ultrareaktionär“, „Revanchist“ und derglei-

chen mehr.“ Ich selbst erinnere mich, dass im Geschichts- und Staatsbürgerkunde-Unterricht in den 1970er-Jahren kein anderer westlicher Politiker mit so viel Hämie, Verachtung und negativen Urteilen belegt wurde wie Konrad Adenauer. Das deutlich erkennbare emotionale Engagement der Lehrer fiel besonders auf, weil es sonst fehlte.

Auf Adenauer richtete die SED alle Geschütze des Propagandakrieges. Er wurde zum

Amerikaner- und Naziknecht gestempelt, mit Schimpfworten belegt und als alterssturer Mann dargestellt. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) streute Desinformationen, die auch im Westen nicht wirkungslos blieben. Bis heute fallen dem „gelernten DDR-Bürger“ zu Konrad Adenauer vorrangig die üblen Karikaturen ein, die das Zentralorgan der SED *Neues Deutschland* immer gern aus der Pressefreiheit des Westens übernahm und auch massenhaft selbst produzierte. Dass er von den Nationalsozialisten verfolgt worden war, passte nicht ins Bild und wurde verschwiegen.

Die Kommunisten hatten allen Grund, Adenauer und das, wofür er stand, zu fürchten: Freiheit und Soziale Marktwirtschaft. Seit der Währungsreform 1948 eilte der Westen dem Osten ökonomisch davon, was die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone natürlich registrierte. Geradezu lächerlich – bei Verbot des öffentlichen Lachens darüber – erschien der DDR-Bevölkerung die Propaganda von der Überlegenheit des Sozialismus. Die von Walter Ulbricht gern gebrauchte Losung vom „Überholen ohne einzuholen“ war Gegenstand zahlloser DDR-Witze, zum Beispiel: „Stimmt es, dass der Kapitalismus ein Zug ist, der dem Abgrund entgegenfährt?“ „Ja, das stimmt.“ „Und warum müssen wir diesen Zug unbedingt überholen?“ Am Ende der DDR-Zeit lag ihre Produktivität bei etwa dreißig Prozent der des Westens.

Besonders wütend reagierte die Ulbricht-SED, als der Bundeskanzler konsequent alle Versuche der Sowjetunion abwies, die deutsche Einheit unter kommunistischem Vorzeichen mit der DDR als Kernland des neuen Deutschland zu gewähren. Umso erstaunlicher war Adenauers Erfolg bei seiner Reise in die Sowjetunion 1955. Auch in die DDR kehrten daraufhin mehr als zehn Jahre nach Kriegsende viele Kriegsgefangene und Zivilinternierte zurück. Für andere Familien gab es erst jetzt die Gewissheit über den Tod ihrer Angehörigen. Auch die DDR-Praxis, politische Gefangene an die Sowjetunion zu überstellen, hörte endlich auf. All diese Familien waren dankbar für die politische Leistung Adenauers. Aber so wenig man über die Gefangenschaft im Gulag sprechen durfte, so tabu war dieser Hintergrund der Heimkehr.

Bei dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und beim Mauerbau am 13. August 1961 allerdings hofften die Menschen darauf, dass der Westen eingreift. Obwohl dies angesichts der damaligen realpolitischen Verhältnisse unrealistisch war, blieb doch ein Gefühl des Verlassenseins in Erinnerung, das auch das Bild Konrad Adenauers trübte. Der schon im August 1953 vom Bundestag eingeführte „Tag der deutschen Einheit“ am 17. Juni war aber ein festes Datum im DDR-Widerstand. Das MfS ergriff Jahr für Jahr besondere Sicherungsmaßnahmen, und trotzdem gab es immer wieder Losungen, Flugblätter und symbolische Aktionen, auch von politischen Gefangenen.

Vor allem über den Rundfunk verfolgten die DDR-Bürger die Entwicklung der Bundesrepublik. Die Politiker der Bundesregierungen waren mit Namen und Gesicht oft bekannter als ihre ostdeutschen Kollegen. Die Entfaltung von Demokratie und Freiheit faszinierte die Menschen in der DDR, die wieder in ein ideologisches System der Bevormundung, der Denunziation und der realitätsfernen Konstruktionen geraten waren. Die SED-Oberen predigten dagegen Erziehung zum Klassenhass und verschärften die Abgrenzung vom Westen.

KLASSENHASS ALS TUGEND

Zur kommunistischen Ideologie gehört bis heute der „Klassenhass“. In den Statuten der staatlichen Jugendorganisationen und der SED, in den Schullehrplänen und in den bewaffneten Organen wurde die Erziehung zum Klassenhass auf die Feinde des Sozialismus, auf die Imperialisten und Ausbeuter als offizielles Erziehungsziel propagiert. Bis heute erklärt sich die Affinität der Linkspartei zu gewalttätigen Methoden aus diesem Hass, der im Kommunismus als legitim, ja als Tugend galt. Gewalt gegen die Bösen, Gewalt gegen die mit der falschen Ideologie ist für sie eine gute Sache. Das haben die gewalttätigen Anti-Pegida-Protestierer in Leipzig gerade wieder vorgeführt.

Nur selten ist es jedoch den SED-Propagandisten gelungen, Spuren von Klassenhass in größeren Kreisen der Bevölkerung zu verankern. Am ehesten war das dort möglich, wo der Westen,



„Penetranz der Angriffe und Verleumdungen“: Dass Konrad Adenauer ein Verfolgter des NS-Regimes gewesen war, verschwiegen die kommunistischen Ideologen in der DDR. Ihnen galt er als „Kriegstreiber“, „Ultrareaktionär“, „Imperialist“ und „Revanchist“ – was mit „Nazi“ gleichbedeutend war. Die Karikatur geißelt die Wiederbewaffnung in der Bundesrepublik in den 1950er-Jahren. Sie zeigt Hitler und Adenauer als Kinder des gleichen Geistes, die mit Waffenproduzenten, also mit Krieg, Geschäfte machen. Solche Propagandaschilder säumten die Transitstrecke von Berlin (West) in die Bundesrepublik über das Territorium der DDR.

© J.H. Darchinger/Friedrich-Ebert-Stiftung

aus welchen Gründen auch immer, seinen eigenen humanitären und freiheitlichen Prinzipien vermeintlich untreu wurde.

Ein Beispiel dafür ist der Vietnamkrieg. Der Schrecken über diesen Krieg war durch die Bilder mit den Napalm-Opfern motiviert. Die SED nutzte dies für ihre ideologische Aufrüstung gegen die USA. Viele Menschen, die sich zu den von der SED bestellten Protesten einfanden, fühlten sich aber in diesem Protest zugleich mit der 68er-Bewegung im Westen verbunden. Die Faszination der jungen Leute für die Hippie-Bewegung, für die Beatles und die Rolling Stones, für die anarchische Pose konnte den spießigen SED-Ideologen allerdings nicht gefallen. Wiewohl sie die marxistischen Strömungen der 68er im Westen materiell und ideologisch unterstützte, bekämpfte die SED im eigenen

Land Jeans und Langhaarige mit allen Methoden der Geheimpolizei.

Ähnlich muss man die Solidarisierung mit Angela Davis, der amerikanischen Bürgerrechtlerin in den 1970er-Jahren sehen, die sich in der Kommunistischen Partei der USA und für politische Gefangene engagierte. Einerseits gab es Empörung über ihre Inhaftierung. Junge Frauen ließen sich den wilden Haarschopf von Angela Davis frisieren. Dieser „Look“ bot eine weitere Begründung dafür, Jeans, am liebsten echte amerikanische, zu tragen. Andererseits spürten die Leute sehr genau, dass ihre Solidarität von der SED missbraucht wurde. Auch für Nelson Mandela gab es offizielle SED-Unterstützung, die vielen DDR-Bürgern plausibel und sympathisch war. Die Peinlichkeit der ideologischen Instrumentalisierung

und die Faszination durch die westliche Freiheit hielten allerdings den durchschnittlichen DDR-Bürger von ernsthaftem persönlichen Engagement fern. Den meisten Menschen blieb die kommunistische Ideologie innerlich immer fremd.

Gruppen der DDR-Opposition versuchten, den Zusammenhang von Klassenhass und Solidarität zu unterlaufen. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), die Einheitsgewerkschaft der DDR, sammelte „Solidaritätsbeiträge“, mit denen Waffen für die „Befreiungsbewegungen“ in Afrika und Lateinamerika finanziert wurden. Eine Leipziger Gruppe startete dagegen Kunst-Auktionen, um Schulen und Krankenhäuser in Nicaragua zu unterstützen.

Wiewohl die Erziehung zum Klassenhass ein Sorgenkind der SED, der Volksbildungsministerin Margot Honecker, des MfS und der Nationalen Volksarmee (NVA) blieb, stiftete sie doch ein Klima der Verrohung und Gewaltbereitschaft. Seit den 1980er-Jahren gab es ausländerfeindliche und neonazistische Vorfälle, und es gediehen rechtsextreme Gruppierungen. In der NVA bildeten sich geheime Clubs, wo man Träume von einem Großdeutschland pflegte und Zusammenkünfte abhielt, bei denen man sich mit Nazi-Rangbezeichnungen grüßte und das Horst-Wessel-Lied sang. Immer wieder gab es Übergriffe und gewalttätige Angriffe auf die sowieso meist kaserniert abgeschotteten algerischen, mosambikanischen und vietnamesischen Vertragsarbeiter. Nur einige kirchliche Gruppen bemühten sich um gesellschaftliche Integration und einen anerkennenden Umgang mit den meist jungen Menschen aus der sogenannten Dritten Welt.

ADENAUERBILD, GEPRÄGT VON LINKEN AUTOREN

Das Bild Konrad Adenauers wurde auch durch westliche linke Autoren geprägt. Die tiefe Verachtung Günter Grass' und Heinrich Bölls erreichte viele Intellektuelle in der DDR, die die kostbaren, eingeschmuggelten Bücher dieser Autoren untereinander weitergaben und besprachen. Im Falle der Schriften von Grass trank man auch die vergiftete

Milch eines sicher gründlich gewendeten, aber nicht ganz aufrichtigen ehemaligen Waffen-SS-Soldaten. Dagegen gab es kaum jemanden, der sich der intellektuellen Anstrengung unterzogen hätte, Konrad Adenauers Verdienste um die Demokratisierung Deutschlands, den Frieden und die europäische Versöhnung zu würdigen. Dennoch darf man nicht davon ausgehen, dass die SED mit ihrer Hetze gegen Adenauer eine aktivierende Wirkung bei der Bevölkerung erreichte. Hass auf Konrad Adenauer konnte sie in der Bevölkerung nicht implantieren. Schon die aufdringliche Penetranz der Angriffe und Verleumdungen erzeugte innere Abwehr und Überdruß bei den meisten Menschen. Allerdings erreichte sie, dass niemand es wagte, öffentlich oder halböffentlich Sympathien zu äußern.

In den 1970er-Jahren verschwand das Bild Konrad Adenauers hinter dem Willy Brandts, der mit seiner Entspannungspolitik bei den Menschen in der DDR neue Hoffnungen weckte. Die Kontakte und Berührungspunkte mit der Bundesrepublik mehrten sich nach und nach. Helmut Kohl setzte die Politik, ökonomische Hilfen gegen humanitäre Erleichterungen zu gewähren, fort. Anders als bei der SPD wurde dies aber nicht zu einer schleichenden Anerkennung der SED und ihres Regimes. Allen Angriffen zum Trotz hielt er an der einen deutschen Staatsangehörigkeit fest. Diese hat den insgesamt über drei Millionen DDR-Flüchtlingen die Eingliederung erleichtert. Für viele DDR-Bürger war sie ein Zeichen der Zusammengehörigkeit. Auch dass die „Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter“ aufrechterhalten wurde, als SPD-Ministerpräsidenten verweigerten, sie weiter mit zu finanzieren, hatte über die praktische Funktion hinaus eine symbolische Bedeutung. „Salzgitter“ repräsentierte das westdeutsche Bewusstsein für den Unrechtscharakter des DDR-Regimes. Bei alledem gelang es Helmut Kohl, die Annäherung zwischen den Menschen in Ost und West zu fördern und die Abgrenzungspolitik der SED immer mehr zu unterlaufen. Dies hat ihm die Sympathie der DDR-Bürger gesichert. Die einzige freie Volkskammerwahl am 18. März 1990 war eine grandiose Bestätigung des Vertrauens in seine Person und Politik.

ADENAUER IN DEN AUGEN DER DDR-OPPOSITIONELLEN

Anders als etwa Franz Josef Strauß, dem man gelegentlich vorwarf, mit dem von ihm vermittelten Milliardenkredit 1983 indirekt dazu beigetragen zu haben, das Unrechtsregime in der DDR zu unterstützen, spielte der erste Kanzler der Bundesrepublik für die DDR-Oppositionellen in 1980er-Jahren eine eher geringe Rolle. Im Band *Freiheit und Öffentlichkeit: Politischer Samisdat in der DDR 1985 bis 1989*, das den „Samisdat“ – die per Schreibmaschine und Siebdruck produzierte Dissidentenpresse – in der DDR dokumentiert, wird Adenauer nur dreimal erwähnt. Allerdings bewerten ihn dort die Autoren eher differenziert, ja positiv, was einmal mehr dafür spricht, dass das von den SED-Propagandisten gemalte Feindbild „Adenauer“ sich unter den DDR-Bürgern nie wirklich durchsetzen konnte. So etwa widerspricht der damalige Bürgerrechtler und spätere Fraktionsvorsitzende der Bündnisgrünen im sachsen-anhaltinischen Landtag Hans-Jochen Tschiche dem bekannten SED-Verdikt, Adenauer sei ein „Militarist“ gewesen, der die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik ermöglicht habe. Die Wiederbewaffnung in der Bundesrepublik, so Tschiche, sei auch eine Reaktion auf den Koreakrieg und dem Gefühl einer „kommunistischen Bedrohung“ geschuldet gewesen, und sie habe die Akzeptanz selbst vieler Christen gefunden, da ein ziviler Ersatzdienst und Seelsorge in den Kasernen möglich gewesen seien.

Ludwig Mehlhorn hingegen, der später im brandenburgischen Ministerium für Bildung, Jugend und Sport arbeitete, lobte zwar die von Adenauer forcierte Versöhnung der Deutschen mit Frankreich und sah sie als Vorbild für eine Versöhnung mit den osteuropäischen Nachbarn, insbesondere mit den Polen, an. Doch schien ihm die kompromisslose Politik der Westbindung Adenauers die Perspektive eines neutralen, aber einigen Deutschlands zu schnell aufgegeben zu haben. Im August 1986, als die evangelischen Bischöfe in Ost- und West-Berlin, Gottfried Forck und Martin Kruse, im 25. Jahr der Errichtung der Mauer von der „allmählichen Normalisierung des

Verhältnisses der beiden deutschen Staaten zueinander“ sprachen, ermahnte Mehlhorn die beiden kirchlichen Würdenträger, an der Idee der deutschen Einheit festzuhalten. Die Normalisierung, so Mehlhorn in einem elfseitigen Brief an Forck und Kruse, habe wohl eher bewirkt, dass „der eigene Anteil an der Auseinanderentwicklung durch die Politik der Regierung Adenauer in den 1950er Jahren (...) nun verdrängt werden und die Schuld an der Teilung einseitig dem Osten angelastet werden [konnte]“.

Reinhard Lampe, ein Theologe, der sich 1986 aus Protest gegen die Berliner Mauer im Ostberliner Bezirk Prenzlauer Berg an ein Fensterkreuz kettete, sah jedoch Adenauer als unbeirrbaren Streiter für die deutsche Einheit. Angesichts der Status-quo-Anerkennung, bei der die Mauer ein tragendes Element sei, und der realpolitischen Zwänge, in die sich die DDR-Bürger fügen würden, zitiert er Adenauer, der am 13. August 1961 mit „familiärchristlicher Rhetorik auf den Anspruch nationaler Einheit“ verwiesen habe: „Mit den Deutschen in der Sowjetzone und in Ost-Berlin fühlen wir uns nach wie vor aufs engste verbunden; sie sind und bleiben unsere deutschen Brüder und Schwestern. Die Bundesregierung hält an dem Ziel der deutschen Einheit in Freiheit unverrückbar fest.“ Die DDR-Oppositionellen waren gegen die SED-Propaganda immun – das galt auch im Falle Adenauers.

DIE FRÜCHTE VON ADENAUERS POLITIK

Die Kommunisten hingegen hatten das Feindbild Adenauer internalisiert. Noch nach dem Fall der Mauer, als nur noch die zur PDS gewendete SED sozialistischen Vorstellungen anhing, suchten die Kommunisten Adenauer zu diskreditieren, da er das geschaffen hatte, was die meisten Deutschen in der DDR jetzt wollten: in Freiheit zu leben. So ist eine Äußerung von Valentin Falin dokumentiert, damals Leiter der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU. Er wird in einer Niederschrift über Verhandlungen mit Gregor Gysi am 18. Mai 1990 in Berlin zitiert: „Man müsse einer

Propaganda vorbeugen, die den Eindruck erwecken wollte, was Adenauer damals versprach, erfüllte sich heute – ein wiedervereinigtes Deutschland ohne sozialistische Gesellschaftsstrukturen.“ Gysi stimmte ihm zu.¹

In der Friedlichen Revolution spielte der Wille, die alten Eliten abzulösen und die diktatorische Vergangenheit der kommunistischen Zeit sofort aufzuarbeiten, eine wichtige Rolle. In den Debatten der DDR-Opposition während der späten 1980er-Jahre wurde der Antifaschismus der SED kritisch analysiert. Die Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone war von Willkür und Denunziationen geprägt gewesen. Selbst Sozialdemokraten aus dem Widerstand gegen Hitler landeten wieder in den Lagern. Rechtsstaatliche Prozesse gab es weder für Belastete noch für Unbelastete. Rechtsstaatlichkeit sollte daher oberstes Prinzip sein.

Auch die NS-Aufarbeitung in der Bundesrepublik in der Adenauer-Ära wurde in der DDR wahrgenommen. Als Erkenntnis aus den Schwierigkeiten der frühen NS-Aufarbeitung in der Bundesrepublik wurde die Bedeutung einer sofortigen Aktenöffnung und eines geregelten Zugangs zu den Akten des Unrechtsregimes abgeleitet. Diese Forderung war auch in der Bevölkerung so plausibel, dass das Thema Auflösung des MfS und Aktenöffnung im Frühjahr 1990 und noch einmal im August 1990 große Demonstrationswellen provozierte. So setzten die Revolutions-Parteien die Öffnung der Stasi-Unterlagen und die Überprüfung der Parlaments-Abgeordneten und der Angehörigen des Öffentlichen Dienstes durch – übrigens auch gegen den Widerstand westdeutscher Politiker.

Die Europäische Einigung – und damit ein wesentlicher Teil des Lebenswerkes von Konrad Adenauer – war den DDR-Bürgern sehr präsent. Dass man mit einem bundesdeutschen Personalausweis ganz Westeuropa bereisen konnte, hatten manche schon bei einer der seltenen Westreisen erprobt. Auch dies verbanden die Demonstranten im

Herbst 1989 mit ihrer Forderung nach Reisefreiheit. 1990 begeisterte sich der jugendpolitische Sprecher des Demokratischen Aufbruchs Stefan Zinnow für die Bildung eines deutsch-polnischen Jugendwerkes nach dem Vorbild der deutsch-französischen Aussöhnung. Dies existiert inzwischen und leistet eine wichtige Arbeit für das Zusammenwachsen Ost- und West-Europas.

So ernteten am Ende auch die Deutschen in der DDR die Früchte der Politik Adenauers. Die fünf „neuen“ Länder in der DDR wurden mit der deutschen Einheit Teil der Europäischen Union, der NATO und der westlichen Wertegemeinschaft. Trotz aller persönlichen Härten und vor allem trotz der zeitweise hohen Arbeitslosigkeit konnten sie dank der enormen wirtschaftlichen Kraft der Bundesrepublik einen rasanten Wirtschaftsaufschwung erleben.

In den Geschichtsstunden der Schulen bemerkt man allerdings bis heute eine auffällige Absistenz vom Thema Konrad Adenauer. Das Wissen über Person und Wirken dieses großen Europäers ist in den östlichen Bundesländern gering. Es wird ein mühsames Geschäft sein, daran etwas zu ändern. Die meisten Lehrer werden ihre Haltung zu Adenauer nicht geändert haben, stimmen sie doch darin mit weiten Teilen des öffentlichen Mainstreams überein. Und ihre jüngeren Kollegen, die nach 1990 ausgebildet wurden, erhalten kaum systematische Vorlesungen zur jüngsten deutschen Geschichte, die diesem Mainstream neue Farben hinzufügen würden. Die politische Bildung muss mit Geduld und guten Ideen daran arbeiten, dass nicht nur die Geschichten des Ostens im Westen, sondern auch die des Westens im Osten ihre Hörer finden. Es gibt ja bereits eine *graphic novel* über Konrad Adenauer, über den kantigen Charakter mit markigen Sprüchen auf der Seite der Guten.

¹ Nakath, D., et al. (Hrsg.): „Im Kreml brennt noch Licht“. Die Spitzenkontakte zwischen SED/PDS und KPdSU 1989–1991, Berlin 1998, S. 204.